



**Diana Golze**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 72329

 (030) 227 – 76329

 Diana.Golze@bundestag.de

### **SPD nähert sich der LINKEN an**

Diana Golze, Bundestagangeordnete der Fraktion DIE LINKE und Wahlkreisabgeordnete, begrüßt die Erkenntnis der SPD in der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel. Diese erneuert ihre Forderung nach Einführung eines bundeseinheitlichen Mindestlohnes, der eine Voraussetzung dafür sei, Arbeit attraktiver zu machen. Richtig – gutes hat seinen Preis. Gute Arbeit bleibt nur in der Stadt oder im Land, wenn sie gut bezahlt wird.

Mit einem gesetzlichen Mindestlohn wird Armut trotz Arbeit bekämpft, die in der Bundesrepublik und vor allem in den ostdeutschen Ländern weit verbreitet ist. So arbeiten bereits 36 Prozent der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnssektor, 24 Prozent bekommen prekäre Löhne und 12 Prozent erhalten gar Armutslöhne. Prekäre Löhne bedeuten weniger als 2.163 Euro monatlicher Bruttolohn (Vollzeit), was 75 Prozent des Durchschnittslohns entspricht. Von Armutslöhnen spricht man, wenn ein Mensch weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohns verdient. Derzeit 1.470 Euro brutto im Monat für eine Vollzeitarbeit. Davon sind gegenwärtig rund 3,8 Millionen Menschen in Deutschland betroffen.


Dieser Zustand ist unannehmbar. Ein Erwerbseinkommen muss ein menschenwürdiges Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglichen. Aus diesem Grund brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn. Dieser verhindert auch das Auseinanderdriften der Gesellschaft. Dass es geht, zeigen uns 20 der 27 EU-Länder.


**PRESSMITTEILUNG**



**Diana Golze**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 72329

 (030) 227 – 76329

 [Diana.Golze@bundestag.de](mailto:Diana.Golze@bundestag.de)

Nach der Unterschriftenkampagne zum Mindestlohn, nach dem Beschluss auf dem SPD- Bundesparteitag kommt nun der Wunsch der Basis nach diesem. Bisher hatte Koalitionstreue für die SPD deutlich Vorrang vor möglichen Verbesserungen für Dumpinglohn-Bezieher. Aber vielleicht hilft Druck von der Basis. Spät kommt die Erkenntnis, doch sie kommt. Wenn die SPD endlich mehr macht, als nur Ankündigungspolitik, lässt sich eine zukünftige Zusammenarbeit aufbauen.

**PRESSMITTEILUNG**